

Antrag 122/I/2026**Jusos LDK****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Keine Social Media Bans für Minderjährige: Jugend schützen, Big Tech regulieren**

1 Die Debatte über soziale Medien und Jugendschutz hat
 2 in den letzten Wochen neue Dynamik gewonnen. Mit ih-
 3 rem Positionspapier hat die SPD-Bundestagsfraktion ei-
 4 ne Diskussion über strengere Regeln für Social-Media-
 5 Plattformen angestoßen. Dass die SPD sich stärker mit
 6 den Gefahren digitaler Plattformen beschäftigt, ist richtig
 7 und notwendig. Plattformen prägen heute politische Mei-
 8 nungsbildung, gesellschaftliche Debatten und den Alltag
 9 von Millionen Menschen – insbesondere von Kindern und
 10 Jugendlichen.

11

12 Gleichzeitig kritisieren wir deutlich, dass diese Debatte in-
 13 nerhalb der Partei geführt wird, ohne junge Menschen
 14 und ihre politische Vertretung systematisch einzubezie-
 15 hen. Gerade wenn es um die Lebensrealitäten von Kindern
 16 und Jugendlichen geht, ist es ein politischer Fehler, diese
 17 nicht frühzeitig in solche Diskussionen einzubinden. Wer
 18 über junge Menschen entscheidet, muss auch mit ihnen
 19 sprechen.

20

21 Richtig ist: Soziale Medien sind längst Teil der Lebensrea-
 22 lität von Kindern und Jugendlichen. Sie sind Orte sozia-
 23 ler Beziehungen, kulturellen Austauschs, politischer Infor-
 24 mation und gesellschaftlicher Beteiligung. Für viele jun-
 25 ge Menschen sind Plattformen ein erster Zugang zu poli-
 26 tischen Debatten und demokratischer Meinungsbildung.

27

28 Gleichzeitig sind die Risiken sozialer Medien real. Platt-
 29 formen verstärken Polarisierung, begünstigen die Verbrei-
 30 tung von Desinformation und setzen gezielt auf Mecha-
 31 nismen, die möglichst lange Aufmerksamkeit erzeugen.
 32 Viele junge Menschen berichten selbst von Druck, Stress
 33 und Überforderung im Umgang mit sozialen Medien.

34

35 Diese Probleme sind jedoch kein Zufall, sondern auf-
 36 grund der kapitalistischen Verwertungsmodelle genauso
 37 gewollt. Big Tech Konzerne wie Meta, TikTok oder X ver-
 38 dienen ihr Geld damit, möglichst viel Aufmerksamkeit zu
 39 binden, möglichst viele Daten zu sammeln, um so mög-
 40 lichst präzise Werbepprofile zu erstellen und diese entspre-
 41 chend zu verkaufen. Polarisierende und emotionale Inhal-
 42 te und endlose Feeds sind zentrale Bestandteile eines Sys-
 43 tems, das auf maximale Bildschirmzeit und Werbeeinnah-
 44 men ausgerichtet ist.

45 Die Kontrolle über digitale Öffentlichkeiten liegt dabei
 46 in den Händen weniger globaler Tech-Konzerne. Diese
 47 Unternehmen fungieren faktisch als private Gatekeeper

Empfehlung der Antragskommission**Ablehnung (Kein Konsens)****Vorschlag Jusos - Zeile 125-130 ersetzen durch:**

- kein pauschales Social-Media-Verbot für Minderjäh-
rige oder bestimmte Altersgruppen
- sowie keine verpflichtenden Altersverifikationssys-
teme, die neue Risiken für Datenschutz und infor-
mationelle Selbstbestimmung schaffen, sowie die
Anonymität im Internet faktisch abschaffen wür-
den. Wir stehen weiterhin für den Schutz der anony-
men und pseudonymen Nutzung des Internets.

48 der digitalen Öffentlichkeit und verfügen über enorme
49 Macht darüber, welche Inhalte sichtbar werden und wel-
50 che nicht. Diese monopolartige Machtkonzentration steht
51 im Widerspruch zu demokratischen Prinzipien.

52

53 **Kapitalistische Plattformen sind das Problem, nicht junge**
54 **Menschen**

55

56 Ein pauschales Social-Media-Verbot für Minderjährige,
57 wie es derzeit diskutiert wird, löst dieses Problem aller-
58 dings nicht.

59 Ein solches Verbot würde junge Menschen aus wichti-
60 gen digitalen Kommunikationsräumen ausschließen, oh-
61 ne die strukturellen Ursachen der Probleme zu beseitigen.
62 Gleichzeitig sind pauschale Verbote in der Praxis kaum
63 wirksam durchsetzbar. Jugendliche verfügen über hohe
64 digitale Kompetenzen und werden technische Zugangs-
65 beschränkungen häufig umgehen können, beispielsweise
66 durch die Nutzung von VPNs, die den tatsächlichen Stand-
67 ort eines Gerätes verschleiern können

68 Auch verpflichtende Altersverifikationssysteme werfen
69 erhebliche Fragen des Datenschutzes und der informa-
70 tionellen Selbstbestimmung auf. Sie schaffen neue Infra-
71 strukturen zur Datensammlung und stärken damit aus-
72 gerechnet jene Plattformen, deren Macht wir eigentlich
73 begrenzen wollen. Die Vorschläge, wie sie aktuell von der
74 SPD-Fraktion gemacht werden, wären damit auch faktisch
75 das Ende der Anonymität im Internet. Das lehnen wir ent-
76 schieden ab.

77 Wenn wir Kinder und Jugendliche wirksam schützen wol-
78 len, müssen wir dort ansetzen, wo die Probleme entste-
79 hen: bei den Geschäftsmodellen von Big Tech. Statt junge
80 Menschen aus digitalen Räumen auszuschließen, müssen
81 diese Räume demokratischer, transparenter und sicherer
82 gestaltet werden. Gleichzeitig muss reflektiert werden,
83 dass nicht nur junge Menschen oft einen problematischen
84 Umgang mit Social-Media-Plattformen aufweisen, son-
85 dern auch Erwachsene. Die dringend notwendige Regu-
86 lierung von Social-Media-Plattformen statt paternalisti-
87 scher Verbote würden daher allen zugute kommen.

88

89 Zu diesen Geschäftsmodellen gehören vor allem in den
90 letzten Jahren erhebliche Kürzungen und Stellenabbau im
91 Bereich der Inhaltsmoderation, inklusive durch Auslage-
92 rung ins Ausland und Einsatz von KI-gestützter Modera-
93 tion. Sogenannte Ghost Worker*innen im digitalen Raum
94 sind unerlässlich, um Standards aufrechtzuerhalten, Nut-
95 zer*innen zu schützen und die Konfrontation mit schäd-
96 lichen Inhalten zu vermeiden. Diese Arbeit ist psycholo-
97 gisch extrem belastend, und viele erhalten keine ausrei-
98 chende Vor- und Nachsorge. Doch Aber diese Arbeitneh-
99 mer*innen durch KI zu ersetzen, ist eine falsche Lösung.
100 Selbstentfaltung und marginalisierte Stimmen im digita-

101 len Raum kommen ohne menschliche Moderatoren, die
102 kulturelle Signale und Sensibilitäten verstehen, zu kurz.
103 Betroffene Arbeitnehmer*innen schlagen Alarm, dass u.a.
104 queere und muslimische Inhalte durch automatische Fil-
105 ter blockiert oder als extremistisch eingestuft wurden.

106 Als Partei haben wir in der Vergangenheit mehrfach Be-
107 schlusslagen gefasst, die die Wichtigkeit der Anonymi-
108 tät im Internet betonen sowie mehr Regulierung und kei-
109 ne Verbote gefordert haben. Wir fordern die Verantwor-
110 tungsträger*innen unserer Partei daher auf, nach diesen
111 Maximen zu handeln.

112 Durch den europäischen Digital Services Act existieren
113 auch bereits wichtige Instrumente zur Regulierung gro-
114 ßer Plattformen. Entscheidend ist nun, diese Regeln kon-
115 sequent durchzusetzen und weiterzuentwickeln. Gleich-
116 zeitig braucht es zusätzliche Maßnahmen gegen manipu-
117 lative Plattformdesigns, datengetriebene Werbemodelle
118 und intransparente Algorithmen.

119 Eine progressive Digitalpolitik darf nicht bei Verboten für
120 Nutzer*innen stehen bleiben. Sie muss die Macht von Big
121 Tech begrenzen und digitale Öffentlichkeiten demokra-
122 tisch gestalten.

123

124 **Wir fordern daher:**

- 125 • kein pauschales Social-Media-Verbot für Minder-
126 jährige sowie keine verpflichtenden Altersverifikati-
127 onssysteme, die neue Risiken für Datenschutz und
128 informationelle Selbstbestimmung schaffen, sowie
129 die Anonymität im Internet faktisch abschaffen
130 würden.
- 131 • eine konsequente Regulierung sozialer Medien
132 auf Grundlage des Digital Services Act und eine
133 deutlich stärkere Durchsetzung der bestehenden
134 Transparenz- und Sorgfaltspflichten für große
135 Plattformen.
- 136 • ein Verbot manipulativer Plattformdesigns („Dark
137 Patterns“), insbesondere von endlosen Feeds, auto-
138 matischem Abspielen von Inhalten und algorithmi-
139 schen Empfehlungssystemen, die gezielt emotiona-
140 lisierende oder polarisierende Inhalte verstärken.
- 141 • ein weitgehendes Verbot personalisierter Werbung
142 auf Social-Media-Plattformen
- 143 • verbindliche Verpflichtungen für Plattformbetreiber
144 zur schnellen Bearbeitung von Meldungen, zur kon-
145 sequenten Löschung strafbarer Inhalte und zur stär-
146 keren Moderation jugendgefährdender Inhalte.
- 147 • den Ausbau von Medienbildung in Schulen sowie
148 außerschulischen Bildungsangeboten für Kinder, Ju-
149 gendliche, Eltern und Lehrkräfte.
- 150 • die Förderung gemeinwohlorientierter und demo-
151 kratisch organisierter digitaler Plattformen als Al-
152 ternative zu dem Big Tech Monopol.

153